

Anfrage 1400/2024 zur Sitzung des Stadtrates am 9.10.2024

TRON-Baustelle und Funde aus der Römerzeit (Die Linke)

Begründung:

Wie der AZ vom 26. August 2024 zu entnehmen war, konnten auf der Baustelle für das TRON-Gebäude, Obere Zahlbacher Straße/Am Römerlager Funde aus der Zeit römischer Besiedlung in Mainz festgestellt werden, die von Experten und seitens der Landespolitik als Sensationsfunde eingestuft wurden, insbesondere eine Grabkammer mit Grabstele.

Seitens verschiedener Akteure wurde beklagt, dass die Archäologie dort zu wenig Zeit habe, Ausgrabungen durchzuführen und die Strukturen in ihrer Fundlage auszuwerten. Nach dem Artikel der AZ ist davon auszugehen, dass die Funde irreversibel zerstört werden, weil ein unterkellertes Gebäude geschaffen werden soll.

Dies legt den Verdacht nahe, dass die Verwaltung mit zweierlei Maß misst: Bei der Genehmigung des Gebäudes Lab 1 auf dem Gebiet des Hochschulerweiterungsgeländes wurde die Überschreitung der dort durch Bebauungsplan festgelegten, maximalen Gebäudehöhe zugelassen. Dies erfolgte mit der Begründung, dass die wirtschaftliche Nutzung des Gebäudes eine Überschreitung notwendig mache und eine Unterkellerung des Gebäudes nicht möglich sei, weil dort Römerfunde zu erwarten seien. Für das TRON-Gebäude wurde eine Genehmigung zur Unterkellerung anscheinend erteilt, obwohl dort Funde aus römischer Zeit zu erwarten waren.

Zum Vergleich: als beim Bau der Römerpassage Funde aus römischer und keltischer Zeit zu Tage traten, wurden diese in das bestehende Baukonzept integriert. Das gleiche gilt für den römischen Ehrenbogen in Mainz-Kastel.

Wir fragen:

1. Seit wann war der Verwaltung bekannt, dass im Bereich Obere Zahlbacher Straße/Römerlager gebaut werden soll?
2. War der Verwaltung bekannt, dass dort Funde aus der Zeit römischer Besiedlung von Mainz zu erwarten waren?
3. Wieso wurde auf die Unterkellerung nicht verzichtet, um die Beschädigung zu

- erwartender Funde zu verhindern?
4. Wie hat die Verwaltung darauf hingewirkt, eine Beschädigung zu erwartender Funde zu verhindern?
 5. Hat die Verwaltung nach Bekanntwerden der so genannten Sensationsfund Schritte unternommen, um die Ausgrabungszeit zu verlängern oder die Unterkellerung nachträglich zu verhindern?
 6. Die von der Landesarchäologie vorgesehene Zeit für archäologische Forschung erscheint äußerst knapp. Hat die Verwaltung sich dafür eingesetzt, diese Zeit zu verlängern?

Martin Malcherek